



Foto: AFP/John Thys

Kritiker kommen mit dem Stil, wie Jean-Claude Juncker sein Amt führt, nicht klar: Es häufen sich Vorwürfe um die Glaubwürdigkeit des Luxemburgers

## Junckers Drahtseilakt

**KOMMISSIONSPRÄSIDENT** Jeden Fall einzeln abwägen – diese Art zu handeln, stößt auf Kritik

Von unserem  
Korrespondenten  
Eric Bonse, Brüssel

Wegen einer Äußerung zu Frankreich ist der Chef der Brüsseler EU-Behörde unter Beschuss geraten. Es geht um die Budgetregeln, aber auch um die „politische Kommission“, die er führt.

„Weil es Frankreich ist.“ Mit diesem lapidaren Satz hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker einen heftigen Streit um seine Amtsführung – und um den Stabilitätspakt für den Euro – ausgelöst.

Gefallen ist die „petite phrase“ schon am Dienstag, in einer französischen Fernsehsendung. Er kenne Frankreich gut, dessen Reflexe, die innenpolitischen Reaktionen, sagte Juncker: „Wir können den Stabilitätspakt nicht blind anwenden.“ Deshalb habe er bisher von Strafen im Defizitverfahren gegen Paris abgesehen.

Zunächst passierte nichts. Doch nun, drei Tage später, schlägt das Interview plötzlich hohe Wellen. Junckers Nachgiebigkeit schade der Glaubwürdigkeit der EU-Kommission und dem Regelwerk für den Euro, warnt Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem.

„Wenn der Kommissionspräsident sagt, die Dinge gelten für Frankreich anders, dann beschädigt das wirklich die Glaub-

würdigkeit der Kommission als Hüterin des Pakts – und das ist meine Sorge“, sagte Dijsselbloem.

Juncker versuchte am Freitag zwar, die Dinge wieder gerade zu rücken. „Die Kommission macht keinen Unterschied zwischen großen und kleinen Ländern“, betonte sein Sprecher Margaritis Schinas. Das habe der Kommissionspräsident mehrfach erklärt – und als ehemaliger Premier eines kleinen Landes müsse er es doch wissen.

### Kritiker Dijsselbloem und Schäuble

Doch der Streit ist damit nicht erledigt, im Gegenteil: Er wird nun auf offener Bühne ausgetragen – und dürfte Juncker noch länger beschäftigen. Denn Dijsselbloem steht nicht allein, und es geht auch nicht nur um Frankreich.

Hinter dem Niederländer steht der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, der sich schon mehrfach über die angebliche Nachlässigkeit der Juncker-Kommission beklagt hat. Der eigenwillige CDU-Politiker hat sogar schon damit gedroht, die EU-Behörde zu entmachten – und Defizitverfahren an eine neue, politisch unabhängige Behörde zu delegieren.

Diese Forderung findet nicht nur in Berlin, sondern auch in

Brüssel und im Europaparlament in Straßburg Widerhall. Juncker muss daher auf der Hut sein, zumal seine Kritiker auch noch eine weitere Entscheidung anfechten.

Die Kommission hatte Ende Mai entschieden, auch Spanien und Portugal eine Schonfrist in laufenden Defizitverfahren zu gewähren. In Spanien stehen am 26. Juni Neuwahlen an, die wolle man noch abwarten, hieß es zur Begründung.

Auch das passt Dijsselbloem nicht: Die EU-Kommission müsse die Regeln schützen, unabhängig von der Größe eines Mitgliedslandes oder der Tatsache, dass Wahlen anstünden, so der Niederländer.

Politik dürfe keine Rolle spielen, fordert Dijsselbloem – dabei hat Juncker mehrfach betont, dass er einer „politischen Kommission“ vorsteht. Der Luxemburger will die Regeln für den Euro und die EU nicht blind exekutieren, sondern die politischen Folgen einer jeden Entscheidung mitbedenken, sagte er schon bei seinem Amtsantritt im Herbst 2014.

Angesichts der schweren Krise, in der die EU steckt, war das eine weise Entscheidung. Denn nur, wenn sie die Folgen ihres Tuns bedenkt, kann die „Kommission der letzten Chance“ (Juncker) auf Erfolg hoffen.

Doch nun formiert sich Widerstand – und die Widersprüche häufen sich. Denn wieso nimmt

Wenn der Kommissionspräsident sagt, die Dinge gelten für Frankreich anders, dann beschädigt das wirklich die Glaubwürdigkeit der Kommission als Hüterin des Pakts – und das ist meine Sorge

Jeroen Dijsselbloem,  
Chef der Eurogruppe

Juncker auf die Wahlen in Spanien Rücksicht, nicht aber auf das Wahlergebnis in Polen, wo die Kommission gerade das laufende Rechtsstaats-Verfahren vorangetrieben hat?

Und was ist mit Österreich? Vor der Wahl des Bundespräsidenten hatte sich Juncker vehement gegen den EU-feindlichen FPÖ-Kandidaten ausgesprochen und damit gedroht, ihn zu isolieren. Seit der europafreundliche Politiker Alexander Van der Bellen gewählt wurde, schweigt Juncker zur Lage in Wien, trotz des Vormarschs der Rechten. Wo bleibt da die „politische Kommission“?

Letztlich ist es ein Drahtseilakt, auf den sich der Luxemburger eingelassen hat. Ewig wird das so nicht weitergehen können, sind sich Diplomaten und Beobachter in Brüssel einig. Spätestens nach dem EU-Referendum in Großbritannien Ende Juni, der derzeit wohl wichtigsten politischen Hürde, müssen Juncker und sein Team Farbe bekennen – und unangenehme Entscheidungen treffen.

Ein Kommissar hat sich schon vorgewagt: „Es wird für Frankreich keine neue Frist geben“, sagte Währungskommissar Pierre Moscovici. Im kommenden Jahr müsse Paris die Defizitgrenze wieder einhalten, warnt der Franzose. Dabei ist 2017 ein Superewahljahr: Frankreich wählt einen neuen Staatschef, der rechtsextreme Front national greift nach der Macht.

Und ausgerechnet darauf will die „politische Kommission“ keine Rücksicht nehmen? Juncker stehen schwere Zeiten bevor ...